

Exklusives Gespräch mit Jean-Claude Trichet, dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank

1. Der Euro hat vor kurzem sein zehnjähriges Bestehen gefeiert. Wie bewerten Sie die ersten zehn Jahre der gemeinsamen Währung?

329 Millionen Europäer in 16 Ländern verwenden heute eine einheitliche Währung – eine Währung, die wertbeständig ist, Vertrauen erweckt und ihren erfolgreichsten Vorgängerwährungen an Stabilität und Glaubwürdigkeit nicht nachsteht. Das Versprechen der Gründerväter der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) wurde somit eingelöst. Vor zehn Jahren hielten viele dies nicht für möglich und glaubten, dass die gemeinsame Währung zum Scheitern verurteilt wäre.

Seit der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 genießen die Bürger Europas ein Maß an Preisstabilität, das zuvor nur in wenigen Ländern erreicht worden war. Diese Preisstabilität kommt allen Europäern unmittelbar zugute, da sie Einkommen und Ersparnisse schützt und zur Verringerung der Finanzierungskosten beiträgt. Damit fördert sie Investitionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und dauerhaften Wohlstand. Der Euro hat der europäischen Wirtschaft Schwung verliehen. Er hat nicht nur im Euroraum, sondern auch weltweit die Preistransparenz verbessert, den Handel verstärkt und die Wirtschafts- und Finanzmarktintegration gefördert.

In den letzten Monaten wurde ein weiterer Vorteil des Euro offenkundig: Die Finanzkrise hat gezeigt, dass man in turbulenten Zeiten auf einem großen, robusten und verlässlichen Schiff besser aufgehoben ist als auf einem kleinen Boot. Hätten wir in Europa ohne die uns verbindende Gemeinschaftswährung so rasch, entschlossen und kohärent handeln können? Wären wir in der Lage gewesen, viele einzelne nationale Währungen vor den negativen Auswirkungen der Finanzkrise zu bewahren? Behörden, Parlamente, Regierungen und Zentralbanken in Europa haben bewiesen, dass Europa selbst unter den schwierigsten Umständen Entscheidungen treffen kann.

Der Euro hat sich für die Länder, die ihn eingeführt haben, als vorteilhaft erwiesen. Dennoch ist es nicht angebracht, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Die aktuellen Herausforderungen sind dringlich, und neue Aufgaben und Schocks

werden auf uns zukommen. Der fortwährende Erfolg der WWU und die bisher durch den Euro erlangten Vorteile müssen ausgebaut und gefestigt werden. Die Bürger des Eurogebiets können sich darauf verlassen, dass das Eurosystem, das sich aus der EZB und den 16 nationalen Zentralbanken des Euroraums zusammensetzt¹, alles Notwendige unternimmt, um Geld- und Finanzstabilität zu gewährleisten.

2. Häufig wird behauptet, der Euro habe zu einer Preissteigerung geführt. Ist diese Aussage gerechtfertigt? Wie hat sich die Einführung der einheitlichen Währung auf die Kaufkraft der europäischen Bürger ausgewirkt? Haben die Arbeitnehmer vom Euro profitiert?

In den ersten zehn Jahren des Euro wurden im Euroraum insgesamt gesehen niedrige Inflationsraten verzeichnet, die unter den zuvor in den einzelnen Ländern vorherrschenden Raten lagen. Mit einer durchschnittlichen jährlichen Teuerungsrate bei nahe 2 % ist es uns gelungen, die Preissteigerung im Eurogebiet stabil zu halten, was angesichts des starken Anstiegs der Rohstoff- und Energiepreise in diesem Zeitraum ein gutes Ergebnis ist. Diese Rate liegt deutlich unter der durchschnittlichen Preissteigerungsrate in den zehn Jahren vor der Euro-Einführung.

Es stimmt jedoch, dass in manchen europäischen Ländern in einigen Sektoren versucht wurde, die Euro-Bargeldumstellung am 1. Januar 2002 zur Erhöhung bestimmter Preise zu nutzen. Einer Schätzung von Eurostat zufolge haben die Auswirkungen der Euro-Bargeldumstellung möglicherweise zu einem durchschnittlichen Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex zwischen 0,1 % und 0,3 % im Zeitraum von Dezember 2001 bis Januar 2002 geführt. Da es sich hierbei um ein einmaliges Phänomen handelte, kann dieser Anstieg bei der Betrachtung des Euro über zehn Jahre hinweg wohl vernachlässigt werden.

Rückblickend hat sich gezeigt, dass der EZB-Rat, der die Mitglieder des Direktoriums der EZB und die Präsidenten der nationalen Zentralbanken des Eurogebiets umfasst, im Einklang mit unserem Auftrag und gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft die richtigen Entscheidungen zur Gewährleistung der Preisstabilität im Euroraum getroffen hat. Ich möchte auch erwähnen, dass die Inflationsraten – aufgrund des Rückgangs der Ölpreise – im Jahresverlauf 2009 für einige Monate sehr niedrig ausfallen dürften. Dies wird sich positiv auf die Kaufkraft unserer Mitbürger im Eurogebiet auswirken.

¹ Nationale Bank van België/Banque Nationale de Belgique, Deutsche Bundesbank, Central Bank and Financial Services Authority of Ireland, Bank von Griechenland, Banco de España, Banque de France, Banca d'Italia, Zentralbank von Zypern, Banque centrale du Luxembourg, Bank Ċentrali ta' Malta/Central Bank of Malta, De Nederlandsche Bank, Oesterreichische Nationalbank, Banco de Portugal, Banka Slovenije, Národná banka Slovenska, Suomen Pankki – Finlands Bank.

Schließlich möchte ich betonen, dass der Euro die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht – wie gelegentlich zu vernehmen ist – behindert hat. Im Gegenteil: In den ersten zehn Jahren des Euro hat die Anzahl der Beschäftigten um rund 16 Millionen zugenommen, in den Vereinigten Staaten wurde im selben Zeitraum ein erheblich geringerer Anstieg verzeichnet. Und im Euroraum wurden in den letzten zehn Jahren deutlich mehr Arbeitsplätze geschaffen als in dem Jahrzehnt vor der Euro-Einführung.

3. Die Welt ist momentan mit einer großen Finanzkrise konfrontiert. Nach den jüngsten Prognosen der Europäischen Kommission könnte das BIP des Eurogebiets im Jahr 2009 um 1,9 % sinken und die Erholung im Jahr 2010 nur schwach ausfallen – und dies trotz Konjunkturprogrammen und sinkenden Zinsen. Was sind Ihrer Meinung nach die Schlüsselemente für eine wirtschaftliche Erholung in der Union?

Auf Grundlage unserer neuesten Informationen erwarten wir für die kommenden Quartale weiterhin eine anhaltende Konjunkturschwäche im Eurogebiet. Den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen zufolge, die am 5. März 2009 veröffentlicht wurden, wird das durchschnittliche Jahreswachstum des realen BIP im Euroraum 2009 zwischen -3,2 % und -2,2 % und 2010 zwischen -0,7 % und +0,7 % liegen.

Weltweit findet ein abrupter Abschwung statt, da die negativen realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen durch eine deutliche Kontraktion des internationalen Handels noch verstärkt worden sind. In diesem Kontext ist zu erwarten, dass es im Eurogebiet zu einer länger anhaltenden schweren Wirtschaftsschwäche kommen wird: Der Rückgang der Auslandsnachfrage wird sich nachteilig auf Exporte und Investitionen auswirken; gleichzeitig dürften die schlechteren Arbeitsmarktbedingungen und das geringe Vertrauen den Konsum dämpfen. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte wird die Erholung, die sich im Jahresverlauf 2010 im Zuge des sich allmählich verbessernden internationalen Umfelds und der nachlassenden Spannungen an den Finanzmärkten einstellen dürfte, wahrscheinlich moderat ausfallen.

Hervorzuheben ist, dass die gegenwärtige Lage auch angesichts der außergewöhnlich hohen Unsicherheit eine besondere Herausforderung darstellt. Ich bin aber überzeugt, dass der Euroraum im Laufe der Zeit von verschiedenen Faktoren profitieren wird. Vor allem sollten wir nicht den äußerst starken Rückgang der Rohstoffpreise seit Mitte 2008 außer Acht lassen, der das real verfügbare Einkommen und somit den Konsum in der nächsten Zeit weiter beträchtlich stützen wird. Zudem dürften die in den vergangenen Monaten beschlossenen umfangreichen politischen Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzmarkturbulenzen dazu beitragen, das Vertrauen in das Finanzsystem

wiederherzustellen und die Beschränkungen des Kreditangebots für Unternehmen und private Haushalte zu lockern.

Schließlich spielt die Stärkung des Vertrauens eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation. Die Regierungen und Zentralbanken in der Europäischen Union tun ihr Möglichstes, um das Vertrauen zu erhalten, weiter auszubauen und zu stärken. Die EZB muss ihrerseits mehr als je zuvor ein Anker der Stabilität und des Vertrauens sein.

- 4. Welche Rolle kann die EZB im Kampf gegen eine Rezession spielen? Wird sie eine Nullzins-Politik verfolgen? Ist es denkbar, dass das für die EZB geltende Verbot der monetären Finanzierung von Verpflichtungen der Mitgliedstaaten und Unternehmen aufgehoben wird? Die Federal Reserve Bank scheint diesen Ausweg ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Falls nicht, welche Lösungen schlagen Sie zur Senkung der Schulden der Mitgliedstaaten, zur Wiederherstellung eines ausreichenden Bankkapitals und zur Sicherstellung von Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen vor? Können wir es in Betracht ziehen, die Schulden notleidender Banken teilweise in Beteiligungskapital umzuwandeln – so wie es einige Volkswirte vorgeschlagen haben –, um zu vermeiden, dass private Schulden einfach durch öffentliche Schulden ersetzt werden?**

Seit Beginn der Finanzmarkturbulenzen im August 2007 hat der EZB-Rat zeitnah und entschlossen beispiellose Maßnahmen ergriffen. Viele außergewöhnliche Maßnahmen, die das Funktionieren des Euro-Geldmarkts stützen sollten, wurden umgesetzt. So haben wir unbegrenzt Liquidität mit Laufzeiten von einer Woche bis zu sechs Monaten bereitgestellt sowie die EZB-Leitzinsen seit Oktober 2008 um insgesamt 275 Basispunkte gesenkt. In der zehnjährigen Geschichte der EZB waren diese Schritte in Bezug auf Art, Umfang und Zeitpunkt einzigartig. Ich möchte hierbei betonen, dass auch diese geldpolitischen Beschlüsse der EZB in vollem Einklang mit unserem Auftrag zur Gewährleistung der Preisstabilität, d. h. mittelfristig eine Teuerungsrate unter, aber nahe 2 % beizubehalten, standen. Was die Nullzins-Politik betrifft, so sind wir – wie ich nach Sitzungen des EZB-Rats berichtet habe – der Auffassung, dass diese Politik eine Reihe von Nachteilen mit sich bringt.

Des Weiteren möchte ich nochmals unterstreichen, dass der EZB-Rat die erforderlichen Maßnahmen ergreifen wird, um seinem Auftrag in diesem äußerst schwierigen Umfeld treu zu bleiben. Wir werden die Inflationserwartungen weiterhin fest auf einem Niveau verankert halten, das mit unserer Definition von Preisstabilität auf mittlere Sicht im Einklang steht, ein nachhaltiges Wachstum sowie die Beschäftigung stützt und zur Finanzstabilität beiträgt. Wir können den Bürgern Europas versichern, dass die EZB in der Lage und willens ist, das zur Gewährleistung der Preisstabilität und zur Wahrung des Vertrauens Erforderliche zu tun.

5. Wie beurteilen Sie die Finanzkrise in Mitteleuropa? Wie kann den betroffenen Ländern geholfen werden, diese schwierige Zeit zu bewältigen?

Die Situation in Mittel- und Osteuropa verfolgen wir sehr aufmerksam. Wir haben bereits einige Beschlüsse gefasst und insbesondere Rückkaufsvereinbarungen mit einer Reihe von Zentralbanken aus dieser Region getroffen. Ich begrüße auch die Initiativen, die andere internationale und europäische Organisationen angesichts der schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage in den Ländern Mittel- und Osteuropas ergriffen haben. Auch in Zukunft wird die EZB die Entwicklungen in diesen Ländern sehr aufmerksam verfolgen.

6. Bezüglich der Solidität des Euroraums wurden Bedenken geäußert, dass sie durch die Verschuldung einiger Mitgliedstaaten geschwächt sei. Trifft dies zu?

Der Euroraum ist äußerst stabil. Und auf Fragen der Art „Was wäre, wenn...?“ antworte ich, dass ich absurde Hypothesen nicht kommentiere. Ich vertraue darauf, dass die Mitgliedstaaten ihre Aufgaben – auch im Bereich der Finanzpolitik – wahrnehmen werden.

Lassen Sie mich nochmals einige Fakten und Zahlen nennen. Als Reaktion auf die Finanzkrise haben die Regierungen rund 3,5 % des BIP des Euroraums für Kapitalzuführungen und weitere den Staatsschuldenstand erhöhende Hilfsmaßnahmen für den Finanzsektor bereitgestellt. Weniger als die Hälfte davon wurde bislang in Anspruch genommen. Zudem entspricht die angekündigte Obergrenze der Garantien für von Banken begebene Anleihen und für Interbankenkredite etwa 20 % des BIP. Davon wurden bis dato rund 8 % genutzt. Auf seiner Sitzung am 11. und 12. Dezember 2008 verabschiedete der Europäische Rat das europäische Konjunkturprogramm. Dieses Programm sieht vor, dass die Mitgliedstaaten 170 Mrd € (1,2 % des BIP) zu einem EU-Konjunkturpaket in Höhe von insgesamt 200 Mrd € (1,5 % des BIP) beitragen. Die restliche Summe stammt aus dem EU-Haushalt und von der Europäischen Investitionsbank. Diese koordinierte Maßnahme soll die wirtschaftliche Erholung stützen, indem die Gesamtnachfrage gestärkt wird und die Anstrengungen zur Umsetzung der in der Agenda von Lissabon vorgesehenen Strukturreformen vermehrt werden. Gleichzeitig bekräftigte der Europäische Rat sein uneingeschränktes Bekenntnis zur Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und zu nachhaltigen öffentlichen Finanzen auf mittlere Sicht.

Wie die Europäische Kommission und die EZB hervorgehoben haben, müssen Konjunkturprogramme rechtzeitig, gezielt und befristet eingesetzt werden, um

Wirkung zu zeigen. Während manche Konjunkturmaßnahmen automatisch auslaufen, ist die Aufhebung vieler anderer nicht gesichert und könnte sich als sehr schwierig erweisen.

In diesem Kontext ist ein glaubwürdiges Bekenntnis zu einem Konsolidierungspfad unerlässlich, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu wahren. Diese ist sowohl für die Erholung der Konjunktur als auch für die Stärkung des mittel- und langfristigen Wachstums von großer Bedeutung.

7. Andere Stimmen haben eine Verbesserung der Economic Governance des Eurogebiets gefordert. Was halten Sie von dieser Debatte? Wie würden die Schritte zur Verbesserung der europäischen Economic Governance gegebenenfalls aussehen?

Die aktuelle Finanzkrise hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig eine solide Economic Governance auf nationaler, europäischer und globaler Ebene ist. Einerseits wird die Geldpolitik im Euroraum vom EZB-Rat festgelegt und von den Zentralbanken des Eurosystems umgesetzt. Hierbei wird das Prinzip der Unabhängigkeit, das sowohl im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft als auch in der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken verankert ist, voll und ganz respektiert. Andererseits liegt die Wirtschaftspolitik im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten. Sie ist – vor allem durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt (für die Finanzpolitik) und die Strategie von Lissabon (für die Strukturpolitik) – in ein europäisches Rahmenwerk eingebettet, das den zunehmenden Wechselbeziehungen von Wirtschaft und Finanzen innerhalb des Binnenmarkts und der WWU Rechnung trägt.

Die ersten zehn Jahre der WWU verdeutlichen, dass der vereinbarte europäische Rahmen die Grundprinzipien einer soliden Wirtschaftspolitik festlegt und vor allem im Hinblick auf die Finanz- und Strukturpolitik politisches Engagement erfordert.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sieht vor, dass die Mitgliedstaaten ihren Staatshaushalt in „guten Zeiten“ in Ordnung bringen. Der finanzpolitische Handlungsspielraum der Länder, die das in den vergangenen Jahren versäumt haben, ist nun bei der Bewältigung der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen in besonderem Maße eingeschränkt. Selbst in Ausnahmezeiten wie der gegenwärtigen Krise darf die Notwendigkeit einer soliden und nachhaltigen Finanzpolitik auf mittlere Sicht nicht außer Acht gelassen werden. Es ist daher von grundlegender Bedeutung, jetzt eine Strategie festzulegen, um zu gesunden mittelfristigen Haushaltspositionen zurückzukehren, damit das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen nicht untergraben wird.

Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklungen unterstreichen auch die Notwendigkeit, das Wachstumspotenzial, die Widerstandsfähigkeit und die Anpassungsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften zu stärken. Entsprechend den Vorgaben von Lissabon sind die Mitgliedstaaten gehalten, die notwendigen Strukturreformen durchzuführen. Auch hier befürwortet die EZB die im Laufe der vergangenen Jahre ergriffenen Maßnahmen sehr und ermutigt die Exekutive zur Beschleunigung der Reform. Die Finanzkrise hat überzeugende Argumente für das Reformprogramm Europas geliefert.

Eine multilaterale Überwachung durch die Regierungen in Bezug auf die Finanzpolitik, die Maßnahmen zur Strukturreform und die Überwachung von Entwicklungen der Wettbewerbsindikatoren – Lohnkosten eingeschlossen – ist unabdingbar. Die EZB unterstützt ausdrücklich alle Anstrengungen zur Verbesserung der Effektivität und Effizienz dieser multilateralen Überwachung, die für die Stabilität und den Wohlstand im Euroraum eine entscheidende Rolle spielt.

Publikationschef : Pascale Joannin

Robert-Schuman-Stiftung, wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese ausser in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch ausserhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmässig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.